

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Mares Rossmann, Werner Amon MBA,
Kolleginnen und Kollegen**

**betreffend „Bildung im Wandel - Fortführung der erfolgreichen Bildungspolitik“
eingebracht im Zuge der Dringlichen Anfrage 4706/J der Abgeordneten
Dr. Alfred Gusenbauer Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Bildung,
Wissenschaft und Kultur betreffend „Chaos in der Bildungspolitik“**

Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft. Deshalb wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen und Reformschritten beschlossen, welche einen guten Unterricht, modernste Ausbildungsmöglichkeiten an Schulen und Universitäten sowie die Sicherung der Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb zum Ziel haben. Investitionen in Kinder und Jugendliche bringen bestens qualifizierte Mitarbeiter. Bestens qualifizierte Mitarbeiter sind die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und Wirtschaftswachstum. Dies wiederum ist die Basis für soziale Sicherheit und Wohlstand.

Gesicherte Rahmenbedingungen als Grundlage für kontinuierliche Weiterentwicklungen

Die Bundesregierung investiert sehr viel Geld, um jungen Menschen mehr Bildungschancen und mehr Qualifikationsmöglichkeiten zu geben.

Seit 1995 gibt es die größte Schulbauoffensive mit einem Investitionsvolumen von 1,2 Mrd. Euro und der Schaffung von 30.000 Ausbildungsplätzen. Jeden Monat werden 2 Schulbauprojekte abgeschlossen. Das Bildungsbudget wurde seit dem Jahr 1999 auf 6,01 Mrd. EURO erhöht und damit in diesem Zeitraum um 14% gesteigert.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus ein Milliardenpaket für die Universitäten beschlossen. Damit ist das Unibudget bis 2009 gesichert: Es stehen 520 Mio. € mehr für das Globalbudget und 500 Mio. € für Modernisierungen zur Verfügung.

Studien stellen Österreich und seinem Bildungswesen ein gutes Zeugnis aus

Die Österreicherinnen und Österreicher erkennen in der Focus-Studie vom Juni 2006 die gute Arbeit der Lehrer an - 90% sind mit Bildungssystem zufrieden. Auch die Fessel-Studie vom Mai 2006 bestätigt, dass 90% der Bevölkerung mit dem Bildungssystem „sehr“ oder „eher“ zufrieden sind. „Standort Österreich: Bildung Top.“ Unter diesem Titel veröffentlichte die "Presse" am 11.5.2006 die Ergebnisse einer Studie des renommierten Schweizer Institutes für Management-Entwicklung IMD. Im Vergleich von 61 Staaten erreicht Österreich bei der Bildung den guten 10. Platz.

Dies bestätigt das hohe Niveau des österreichischen Bildungssystems. Für die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität des Bildungssystems war der Fall der 2/3-Mehrheit ein

wichtiger Meilenstein. Dadurch wurden 95% aller Schulgesetze in die einfache Mehrheit entlassen und der Weg für neue Weiterentwicklungen frei.

Wichtigste Weiterentwicklungen und Neuerungen im Schuljahr 2006/2007

Ausbau der Tagesbetreuungsplätze

Die Tagesbetreuung wird bedarfsgerecht und unter Wahrung der Wahlfreiheit der Eltern weiter ausgebaut. Jeder, der einen Tagesbetreuungsplatz braucht, soll einen bekommen! Im heurigen Schuljahr 06/07 nehmen bereits 80.000 Schülerinnen und Schüler das Angebot einer Tagesbetreuung in Anspruch. Das sind doppelt so viele wie im Jahr 2000. Dafür hat die Bundesregierung allein heuer 164 zusätzliche Lehrerplanstellen zur Verfügung gestellt.

Frühe Sprachförderung im Kindergarten und Sprachförderkurse an den Volksschulen

Mit der Initiative „Frühe Sprachförderung im Kindergarten“ unterstützt der Bund die zuständigen Länder und Gemeinden mit 640.000 Euro. 8.000 Kinder haben diese Sprachförderung schon erhalten und können somit zum heurigen Schulbeginn besser Deutsch. Für die Sprachförderkurse in der Volksschule stellt der Bund 1.900 Lehrer für Kinder mit Migrationshintergrund zur Verfügung. Dies garantiert besseren Schulerfolg und raschere Integration. Dieses Modell soll auch auf die Hauptschulen ausgeweitet werden.

Individualisierung des Unterrichts- Förderstunden statt Nachhilfe

Jedes einzelne Kind muss mit seinen unterschiedlichen Begabungen, Talenten, Neigungen in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt werden. Der Förderunterricht kann über das Unterrichtsjahr hinweg flexibel und den Bedürfnissen der Kinder entsprechend durchgeführt. 1,5 Mio. Förderstunden, das sind rund 1.343 Lehrerplanstellen, stehen dafür heuer zur Verfügung.

Gestärkte Funktion des Klassenvorstandes

Seit diesem Schuljahr erhalten die Klassenvorstände an den Pflichtschulen zusätzliche 70 Euro pro Monat als leistungsbezogene Abgeltung für alle ihre zahlreichen Tätigkeiten. Das sind **rund 24 Mio. EURO pro Jahr** im Pflichtschulbereich.

Unterrichtsgarantie

Der stundenplanmäßige Unterricht beginnt bereits am dritten Schultag und nicht wie in der Vergangenheit erst nach drei Wochen. Die Notenkonferenz findet zum spätest möglichen Termin in der vorletzten Schulwoche statt.

Wichtige Ziele für die Zukunft

Die Beobachtung hat gezeigt, dass trotz dieser vielfältigen Maßnahmen ein Reformbedarf stetig vorhanden ist.

Um diesem Erfordernis Rechnung zu tragen, soll die Umsetzung der nachstehenden Maßnahmen so rasch wie möglich in Angriff genommen werden.

1. Verstärkte Unterstützung von Familien mit geringem Einkommen durch „Schulstarthilfe“
Gerade zu Schulbeginn steigen die Unterhaltslasten durch notwendige Anschaffungen deutlich an. Durch die verstärkte Förderung vor allem einkommensschwacher Familien aus öffentlichen Mitteln mit einem „Schulstartgeld“ soll hier zielgerichtet Abhilfe geschaffen werden. Damit soll eine spürbare Entlastung insbesondere für einkommensschwache Familien erreicht werden.
2. Senkung der Klassenschülerzahl auf 25
Es wird begrüßt, dass entsprechend der Zielsetzung des Entschließungsantrages 373/UEA XXII.GP vom Bildungsministerium bereits Kontakt mit der Verbindungsstelle der Länder aufgenommen worden ist mit dem Ersuchen, das Thema der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 auf die Tagesordnung der Landeshauptleutekonferenz zu setzen.
3. Verbesserte Zuordnung der Kinder, welche die Unterrichtssprache Deutsch nicht verstehen, zu den Schulstandorten
*Insbesondere in den Ballungsräumen der größeren Städte kommt es vor, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache an manchen Schulstandorten so hoch ist, dass die damit einhergehenden sprachlichen und sozialen Probleme zur Belastung für alle am Unterricht Beteiligten werden können.
 Es sind deshalb Maßnahmen zu prüfen, um ein Erreichen des Unterrichtszieles durch eine optimale Zuordnung der Kinder, die die Unterrichtssprache Deutsch nicht ausreichend beherrschen, zu gewährleisten. Dabei ist auf eine gleichmäßige Verteilung der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache in Parallelklassen sowie Schulen mit gleicher Erreichbarkeit Bedacht zu nehmen. Ein Richtwert von 30% a.o. Schülerinnen soll nicht überstiegen werden.*
4. Sprachliche Frühförderung –Verbesserung der Eingangsstufe
Die derzeitige Eingangsstufe ist zu evaluieren und gegebenenfalls auszubauen. Dabei ist auch ein verpflichtendes Vorschuljahr für jene Kinder vorzusehen, welche die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen.
5. Weiterer Ausbau der Nachmittagsbetreuung
Die Anzahl der Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher und der Familien, in denen beide Elternteile einer Beschäftigung nachgehen, steigt stetig an. Im gleichen Ausmaß steigt somit auch der Bedarf an einer qualitativ hochwertigen und trotzdem leistbaren Nachmittagsbetreuung der Kinder und Jugendlichen.
6. Lehre mit Matura: Weiterbildung forcieren – Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung in der Berufsschule
Alle Lehrlinge, die ihren Berufsweg erweitern und eine Berufsreifeprüfung ablegen möchten, sollten direkt an der Berufsschule die Möglichkeit zum Besuch eines Vorbereitungslehrgangs erhalten. Der Zugang zur Berufsreifeprüfung im Rahmen der Berufsschule ist im Sinne von Maßnahmen zur weiteren Qualifizierung von Jugendlichen sowie wichtiger Beschäftigungsinitiativen sinnvoll. Die „Lehre mit

Matura“ (Berufsreifeprüfung) eröffnet jungen Menschen neue berufliche Perspektiven und stärkt die Chancen am Arbeitsmarkt.

7. Kooperation zwischen Pädagogischer Hochschule und Universitäten bei der Ausbildung der Lehrer

In Bezug auf die Durchlässigkeit von Bildungsangeboten kommt der Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und den Universitäten besondere Bedeutung zu.

Deshalb sind bezüglich der geforderten Kooperationen Modelle zu entwickeln, die eine optimale Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit der verschiedenen Wege der Lehrerausbildung (Pädagogische Hochschule und Universität) gewährleisten. Um dies sicherzustellen, sollten die Curricula an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen in enger wechselseitiger Abstimmung und Koordination entwickelt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht,

- ⇒ zur Sicherung und Steigerung der Qualität des österreichischen Bildungssystems den von der Bundesregierung eingeschlagenen erfolgreichen Weg fortzusetzen und die Initiativen in Bildung und Wissenschaft unter Einbindung der im Nationalrat vertretenen politischen Parteien fortzuführen.
- ⇒ Geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um insbesondere Familien mit geringem Einkommen etwa durch ein „Schulstartgeld“ verstärkt zu unterstützen und diese Maßnahmen der Schulstarthilfe mit bereits bestehenden Fördermodellen einzelner Bundesländer abzustimmen.

Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird ersucht,

- ⇒ die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 rasch umzusetzen. In diesem Sinne soll mit den Ländern direkt Kontakt aufgenommen werden, sofern die Landeshauptleutekonferenz dem bereits am 4. Juli 2006 übermittelten Ersuchen der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur nicht Rechnung trägt und dieses Thema in ihrer nächsten Sitzung nicht behandelt.

- ⇒ Maßnahmen zu erarbeiten, um eine optimale Zuordnung der Kinder, die die Unterrichtssprache Deutsch nicht ausreichend beherrschen, zu den einzelnen Schulstandorten zu gewährleisten. Als Richtwert sollte der Anteil dieser Kinder in den Klassen 30 % nicht übersteigen.
- ⇒ die derzeitige Eingangsstufe zu evaluieren und ein verpflichtendes Vorschuljahr für jene Kinder vorzusehen, welche die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen.
- ⇒ die Umsetzung der mit Schuljahr 2006/07 erstmals greifenden neuen Regelung zur Ausweitung der Tagesbetreuungsangebote zu evaluieren und gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu setzen.
- ⇒ die Vorbereitungslehrgänge auf die Berufsreifeprüfung an den Berufsschulen während der Lehrzeit auszubauen („Lehre mit Matura“).
- ⇒ Kooperationsmodelle zwischen den Pädagogischen Hochschulen und den Universitäten zu entwickeln, die eine optimale Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit der verschiedenen Wege der Lehrerausbildung (Pädagogische Hochschule und Universität) gewährleisten.“

The image shows four handwritten signatures in black ink. The signatures are arranged in two columns. The left column contains two signatures, and the right column contains two. The signatures are highly stylized and cursive, making them difficult to read. The top signature on the left is the largest and most prominent. The top signature on the right is smaller and appears to be a name. The bottom signature on the left is also large and stylized. The bottom signature on the right is smaller and appears to be a name.